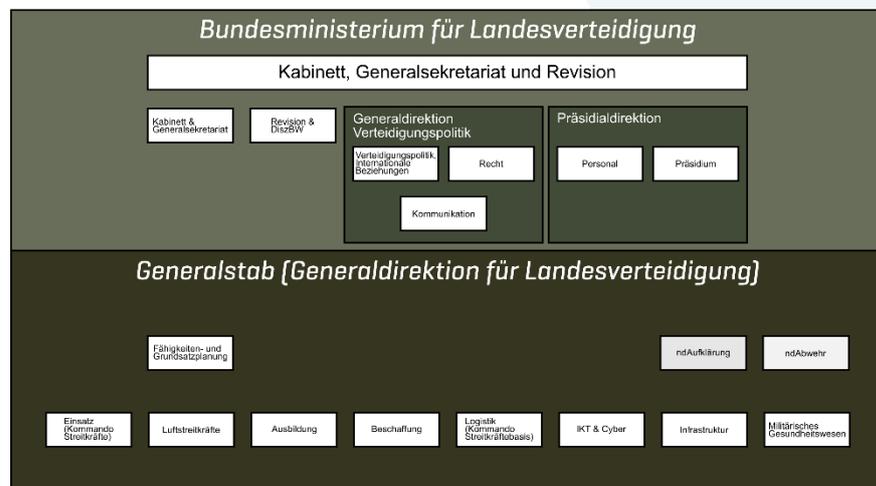


Foto: Bundesheer

Bundesministerium
Landesverteidigung

bmlv.gv.at



Reorganisation der Zentralstelle

Direktoren - wirklich die besseren Garanten für Schutz und Hilfe als Kommandanten und Leiter?

Wien: Die politischen Pläne sind in groben Zügen seit Mitte Juni 2021 bekannt. Mit dem Slogan „*Verwaltung verschlanken – Truppe stärken*“ hat Verteidigungsministerin Klaudia Tanner die Reorganisation des BMLV und der Oberen Führung des ÖBH angeordnet.

Sehr viele unserer Soldat:innen und zivilen Kolleg:innen wissen gar nicht mehr, die wievielte Reform sie nun schon mitmachen. Zusagen und Versprechen haben oftmals nicht gehalten. Die Erfahrung zeigt, dass viele Heeresbedienstete im Zuge von Reformen mit Verschlechterungen konfrontiert waren.

Skepsis unter Experten steigt - Reorganisation deckt nicht alle Elemente zur Bewältigung komplexer Szenarien ab!

In zahlreichen informellen Gesprächen der letzten Monate ist bis heute Skepsis zu den Reformplänen und der derzeit eingenommenen „Truppeneinteilung“ herauszuhören.

Es mehren sich die Stimmen, die beanstanden, dass zum Beispiel wichtige Führungsfunktionen zur Bewältigung komplexerer Szenarien, sowohl auf der militärstrategischen als auch auf der operativen Ebene, fehlen und Unklarheiten in der Aufgabenverteilung zu „Reibungsverlusten“ führen. Sollte es stimmen, dass sich erfahrene Offiziere aufgrund der neuen Struktur nicht für die Funktion des Generalstabchefs bewerben wollen, dann wäre das

ein großes Alarmzeichen. Ein sofortiges Umdenken der politisch Verantwortlichen samt Notstopp für die Reorganisation des BMLV und der Oberen Führung des ÖBH wäre dann das Gebot der Stunde und das richtige Zeichen zum Wohle der Soldat:innen und Bediensteten.

Radikaler Umbau der Zentralstellenorganisation und der Führung des Bundesheeres birgt hohes Risiko!

Die Leistungsbereitschaft des Bundesheeres ist eine staatliche Aufgabe und das Bundesheer hat ein Alleinstellungsmerkmal. Der Zweck des Bundesheeres ist gemäß Verfassung die militärische Landesverteidigung.

Betriebswirtschaftliche Kennzahlen, wie Arbeitsstundenaufzeichnungen, alleine sind nicht geeignet, die personellen Erfordernisse für die Aufgaben der militärischen Landesverteidigung im Sinne von Schutz und Hilfe für die österreichische Bevölkerung darzustellen.

Im Einsatz gibt es keine Stechuhr und der Beruf des Soldaten ist nicht mit einem Bürojob (von 08:00 bis 16:00 Uhr) vergleichbar. Die letzten beiden Jahre haben deutlich gezeigt, welche wichtige Rolle das Bundesheer mit seinen Soldat:innen und zivilen Bediensteten bei der Pandemiebewältigung, bei der Grenz-sicherung und bei internationalen Einsätzen innehatte.

Die aktuellen Entwicklungen zu COVID-19 und die Ukraine-Krise sind auch für Österreich große Herausforderungen. Es muss klar hinterfragt werden, ob gerade jetzt der passende Zeitpunkt ist, um eine radikale Reform der obersten Führung des Bundesheeres, mit gleichzeitiger Auflösung der bisherigen Kommanden, durchzuführen.

Unbestritten ist, dass jede (zivile und militärische) Organisation immer wieder überprüft und angepasst werden muss, um „zukunftsfit“ zu sein. Warum diese Anpassung allerdings in radikaler Form, und nicht durch moderate Anpassung der bestehenden Strukturen erfolgen muss, bleibt unklar. Unklar bleibt auch, warum zukünftig auf militärische Expertise im Verteidigungsministerium verzichtet werden soll.

Was können Generaldirektoren und Direktoren besser, als es bislang Sektionsleiter taten?

Was können ein Generaldirektor für Landesverteidigung und seine Direktoren besser, als es bislang die Kommandanten des Bundesheers mit ihren militärischen Kommanden konnten?

Gesamtschau fehlt – Auswirkungen auf die Truppe fraglich!

Verteidigungsministerin Tanner ist mit dem Anspruch angetreten, das Bundesheer grundlegend zu verändern, die Verwaltung zu verschlanken und die Truppe zu stärken.

Aber wie soll das geschehen? Die Pläne dazu sind nicht bekannt. Wie stärkt man die Truppe, wenn das Bundesheer nicht mehr durch militärische Kommanden, sondern durch Direktionen geführt werden soll?

Aus Erfahrungen der vielen Reformen der letzten 20 Jahren ist zu befürchten, dass eine Aufstockung der sogenannten Vollbeschäftigtenäquivalente (VBÄ) bei der Truppe eine Wunschvorstellung bleiben wird.

Die derzeit vorliegenden Pläne der Reorganisation der Zentralstelle und oberen Führung sehen eine Reduzierung der Planstellen von rund 7% vor. Glaubt man ernsthaft, dass damit (rund 200 Arbeitsplätze) die Truppe nachhaltig gestärkt wird?

Gesprächsbereit im Interesse unserer Kolleg:innen

Wir schlagen keine offenen Türen zu!

Anfang Februar hat die Personalvertretung im BMLV erstmalig die organisatorischen Details für das neue BMLV und für die Obere Führung des ÖBH zur Kenntnisnahme bekommen.

Innerhalb einer 14-tägigen Frist mussten rund 2000 Arbeitsplätze geprüft und mit der bisherigen Struktur verglichen werden. Dank des Einsatzes vieler Personalvertreter:innen konnten Arbeitsunterlagen für Beratungen mit dem Dienstgeber ausgearbeitet werden. Wie lange diese Beratungen letztendlich dauern werden und welches Ergebnis sie bringen werden, hängt von der Ressortleitung ab und ist derzeit nicht abzusehen.

Klar ist, dass diese Reform ein politischer Wille ist!

Die FSG ist davon überzeugt, dass organisatorische Veränderungen nur dann erfolgreich sind, wenn die **Betroffenen mitgenommen** werden und wenn deren **jahrzehntelange Erfahrung Berücksichtigung** findet. Unabhängig von der Organisation **braucht es spürbare Verbesserungen für die Bediensteten!**

Wir brauchen rasche Nachbesetzungsmöglichkeiten, eine Personaloffensive auf allen Ebenen sowie bereits lang geforderte Verbesserungen wie z.B. bei der Besoldung.

FSG fordert:

-  **Rasche Nachbesetzungsmöglichkeiten**
-  **Personaloffensive auf allen Ebenen**
-  **Lange geforderte Verbesserungen – Stichwort: Besoldung**



„Bei all der fachlichen Kritik so aufs Tempo zu drücken und die Reform durchzuboxen, ist falsch. Hier geht es um die Zukunft der Landesverteidigung und um die Zukunft von tausenden Mitarbeiter:innen des BMLV und des Bundesheeres.“

Wir werden uns, im Interesse der Bediensteten und unserer Aufgabe als deren Vertreter, einer Aufnahme von Gesprächen nicht verwehren.

Kolleg:innen und Kamerad:innen aus den betroffenen Dienststellen haben bereits durchwegs kritische Stellungnahmen an den Zentralausschuss geschickt.

Wenn wir die Möglichkeit haben, um Verbesserungen für unsere Bediensteten zu erreichen, nutzen wir diese. Wir schlagen daher nie offene Türen für Verhandlungen zu. Die Reform darf aber nicht auf Kosten der Bediensteten umgesetzt werden!“, stellt der FSG-Vorsitzende Harald Schifferl klar.